

Das sagt die Fraktion DIE LINKE:

Struktur und Inhalt, Kreisgebietsreform und Aufgabenübertragung bilden eine Einheit. Die nun beabsichtigte isolierte **Kreisgebietsreform muss abgelehnt werden** – im Interesse des Landes.

Aufgaben müssen konsequent von der Landes- auf die kommunale Ebene übertragen werden.

Das rot-schwarze Reformvorhaben stößt nicht nur Kommunalpolitikerinnen und -politiker vor den Kopf, auch bei den Einwohnerinnen und Einwohnern ist Reformlust längst zum Reformfrust verkommen.



Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstr.1, 19053 Schwerin
V.i.S.d.P.: Peter Ritter - Juni 2010

VERWALTUNGSMODERNISIERUNG JA - VERWALTUNGSZENTRALISIERUNG NEIN *

Viele im Land sind sich einig: Die mit knappster Mehrheit durchgedrückte Verwaltungsreform geht zu Lasten der kommunalen Selbstverwaltung und passt nicht für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern. Richtig ist zwar, dass die Verwaltung des Landes zu umfangreich ist. Während die Kommunen in den zurückliegenden Jahren sozialverträglich Personal abbauten – das Land auf 1.000 Bürger 24,3 Verwaltungsmitarbeiter. In Nordrhein-Westfalen sind es nur 17,3 und in Schleswig-Holstein 19,3. Das Land ist also in der Verantwortung, Ob die beschlossene Verwaltungsreform da aber hilft, ist fraglich. Denn hier wird nur Personal von A nach B verschoben, statt mit dem Bürokratieabbau ernst zu machen. Dabei ist die Landesregierung gefragt. Sie müsste ein gutes Beispiel vorangehen. Noch immer leistet sich das kleine Mecklenburg-Vorpommern neun Ministerien. Sechs reichen allemal, sich die CDU seit Jahren mit dem Steuerzahlerbund einig.

ZUSAMMENARBEIT FÖRDERN

Wer Verwaltungsaufwand reduzieren will, muss die kommunale Zusammenarbeit ermöglichen. So können sich Kreisverwaltungen gerade in Bezug auf Genehmigungsverfahren spezialisieren und damit auch effektiver sein. Möglich ist auch eine Zusammenarbeit z. B. bei der Kfz-Zulassung, wie es sie bereits erfolgreich zwischen Schwerin, Ludwigslust und Parchim gibt.

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

DIE REFORM SCHAFFT EHRENAMT AB

12 Landkreise und 6 kreisfreie Städte werden zu 5 Regionalkreisen. Damit werden auch frei gewählte und ehrenamtlich tätige Kreistagsabgeordnete abgeschafft. Deren Zahl soll sich von 870 auf 389 reduzieren. Wenn sich aber ehrenamtlich organisierte gesellschaftliche Strukturen aus der Fläche zurückziehen, wird Populisten und Extremisten leichtfertig in die Hände gespielt. Das kann keiner wollen!

DIE REFORM SPART KEINE KOSTEN

Der Ausgabenblock sind die Per-

Juni 2006 noch einmal 17 neue Gesetze durchgestimmt.

VERWALTUNG MUSS VOR ORT S

Als eine der wichtigsten Begründungen für die Reform wird die Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern angeführt. Nach Prognosen werden 2020 1,5 Millionen Menschen bei uns leben. 15 Prozent davon über 60 Jahre. Erhebungen zeigen, dass vor allem sozial schwächere Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Sie brauchen Familienunterhalt, nehmen Beratung und Hilfsangebote in Anspruch. Das sind ab-

*aus der Zeitung OBEN der CDU MV, September 2006/Chefredakteur: Lorenz Caffier

Verwaltungsreform der Großen Koalition

Was stört mich mein Geschwätz von gestern!



Das hat die CDU 2006 gesagt:

„Der Landtag respektiert den ... Willen des Volkes und verzichtet auf die Regelungen zur Kreisstrukturreform.“

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

„Mit Blick auf die Landkreise spricht sich die CDU dafür aus, Änderungen nur dann zu vollziehen, wenn der Nutzen für unsere Gemeinschaft klar erkennbar und auch nachgewiesen ist.“

CDU-Wahlprogramm

„Durch den Zusammenschluss von Ministerien ließen sich Millionen einsparen.“

MdL Eckhard Rehberg, 2004



Das ist 2010 Realität:

CDU und SPD missachteten weitgehend die Bedenken und Vorschläge der kommunalen Ebene. Die Verwaltungsmodernisierung ist in der Sackgasse und soll letztlich auf eine Kreisgebietsreform beschränkt bleiben.

Der „Nutzen für unsere Gemeinschaft“: Einsparungen lassen sich nicht beziffern, Schwächung des Ehrenamts, Demokratieverlust, lange Wege für die Bürgerinnen und Bürger.

Eine Verkleinerung des Kabinetts ist nicht vorgeesehen.